



Landtagswahl in Bayern 2013, Teil 5

Strategien der CSU, die politischen und finanziellen Folgen des Landesbank-Desasters zu verschleiern, zu verschleppen und anderen aufzuhalsen

Der „ausgeglichene“ Staatshaushalt ist eine Schimäre, der Hypo Alpe Adria-Skandal wird vertuscht, die Sparkassen werden rangenommen, der Verkauf der Wohnungstochter soll frisches Geld hereinspülen

Schon in den Vorjahren verlustreiche Affären der BayernLB.....2

Der Wahn eines Georg Winter von der „Zinsmilliarde“.....4

Der „ausgeglichene“ Staatshaushalt beruht auf einem Sonderhaushalt, der ein tiefes Loch aufweist – Trick 1.....5

Hypo Alpe Adria – CSU-Spitzenpolitiker werden gedeckt und der Skandal vertuscht – Trick 2 und 3 5

 Opposition uneinig über Strategie mit dem LB-Untersuchungsausschuss.....6

 Adelheid Rupp wird von der SPD der stellvertretende Vorsitz im Untersuchungsausschuss entzogen...7

 Maßregelung einer SPD-Linken – will sich die Bayern-SPD ihr Grab selber schaufeln?.....7

 Die vier Hauptvorwürfe Sepp Dürrs gegen die schwarz-gelbe Regierungskoalition.....8

Die Sparkassen sollen rangenommen werden – Trick 4.....9

Verkauf der Wohnungstochter GBW, die Staatsregierung verschafft sich Geld, kommt mit ihrer Privatisierungsstrategie einen großen Schritt weiter und kann sich auf die EU hinausreden – Trick 59

Im vorigen Artikel, Teil 4 dieser Serie, haben wir das Desaster mit der Bayerischen Landesbank und den neuen Altraum der CSU mit der Pleite der Hypo Alpe Adria behandelt. Dabei ging es uns weniger um die Schilderung der Machenschaften der Landesbank auf dem US-Finanzmarkt bzw. Immobilienmarkt oder um dunkle Ziele,

Verbindungen und Strategien der Hypo Alpe Adria und damit auch der Landesbank in Ost- und Südosteuropa, sondern vor allem um die *Folgen* politischer und finanzieller Art dieser Katastrophen für die bayerische Landespolitik.

Schon in den Vorjahren verlustreiche Affären der BayernLB

Es sei erwähnt, dass es auch in den Vorjahren unter Stoiber schon gewaltige, verlustreiche Affären mit der Bayerischen Landesbank kam. So fuhr die Landesbank mit dubiosen Geschäften in Ostasien über 1 Milliarde DM Verluste ein, was im Jahr 1998/1999 aufflog. Man musste nur im August und September 1999 die Münchner Abendzeitung lesen, um zu erfahren, was passiert war:

Während Deutschlands berühmtester Pleitier Jürgen Schneider wenigstens einen festen Wohnsitz hatte, als er zahlreiche deutsche Großbanken betrog, vertrauten Bayerns Staatsbanker auf Briefkastenadressen im südostasiatischen Dschungel.

Auf diese Weise verlor die Landesbank allein 263,2 Millionen Mark. In einem internen Prüfbericht heißt es über die Kreditnehmer, dass „deren tatsächliche Adressen nicht ausfindig zu machen sind“.

Dem ging ein anderer katastrophaler Deal mit Ganoven voraus, der die Landesbank gut 800 Millionen Mark kostete. Malaysische „Geschäftsleute“ drehten der Landesbank im Rahmen des sogenannten „Private Banking“ so gut wie wertlose Aktien an. Als die ganze Sache aufflog, beauftragte die Landesbank einen Anwalt, der sich jedoch von den Betrügern bestechen ließ und die ganze Prozessstrategie verriet.

Nachdem im Januar 1998 der damalige Vorstandsvorsitzende, Bayerns Ex-Sozialminister Franz Neubauer, bereits 500 Millionen Mark Verluste hatte eingestehen müssen, korrigierte sein Nachfolger im Amt, Alfred Lehner, diese Zahl im November desselben Jahres auf 770 Millionen Mark nach oben.¹

Vorstandsvorsitzender der Bayern LB war damals Bayerns Ex-Sozialminister Franz Neubauer, dem Verwaltungsrat gehörte wie immer das halbe Kabinett an. Den Vorsitz hatte Erwin Huber, später Kurt Faltlhauser. Ferner waren vertreten Ex-Sozialministerin Barbara Stamm, Wirtschaftsminister Otto Wiesheu, Wissenschaftsminister Hans Zehetmair sowie Innenstaatssekretär Hermann Regensburger und Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner. Bis zur Landtagswahl '98 gehörten dem Gremium außerdem der damalige Umweltminister Thomas Goppel sowie die damaligen Staatssekretäre Alfred Sauter (Inneres) und Alfons Zeller (Finanzen) an. Statt ihrer zogen die neuen Minister Werner Schnappauf (Umwelt) und Josef Miller (Landwirtschaft) sowie die damalige Umweltstaatssekretärin und heutige Sozialministerin Christa Stewens in den Verwaltungsrat ein.

Es sei ferner erwähnt, dass die CSU-geführte Staatsregierung *vor* ihren verlustreichen Asiengeschäften bereits mit Leo Kirch und der Verstrickung der Landesbank in den Kollaps der KirchMedia einen medienpolitischen Totalschaden Einfuhr, der auch gehörig Geld kostete. Wie immer ging es um Risiken für den Staatshaushalt und die Landesbank in Milliardenhöhe, darunter macht es eine CSU-beherrschte Staatsregierung wohl nicht. Beispielsweise verlangte der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget im Jahr 2001 Aufklärung über das finanzielle Engagement der Landesbank für Kirchs Formel-1-Abenteuer: „Ganz offenkundig soll der enorme Geldbedarf der KirchGruppe durch eine Staatsbürgschaft abgesichert werden. Die Milliardenkredite für den Mediengroßhändler Leo Kirch sind anscheinend so unsicher, dass dieser Riesenbetrag durch ein öffentlich-rechtliches Bankinstitut abgesichert werden soll.“

Wie sich eine CSU-beherrschte Staatsregierung und die Partei selber angesichts solcher Vorgänge, solcher selbst inszenierter Katastrophen mit unermesslichen finanziellen Folgeschäden für ihre *wirtschaftspolitische Kompetenz* feiern lässt, ist uns unbegreiflich. Genauso unbegreiflich ist es, wie es einer solchen Partei immer noch gelingt, sich in jeder Umfrage ihren wirtschaftspolitischen „Kompetenzvorsprung“ vor allen anderen politischen Kräften in Bayern bescheinigen zu lassen.

¹ Zitiert nach <http://www.ariva.de/forum/Altmaier-sucht-rot-gruene-Luegen-Part-III-2-153743>



Der Erfinder der „Zinsmilliarde“ Georg Winter (CSU) im Juli 2012, als er noch Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag war und bevor er in den Strudel der Verwandtenaffäre „geriet“ Foto: Gerd Seidel (Rob Irgendwer) CC BY-SA 3.0

In diesem und zwei Folgeartikeln soll es darum gehen, mit welchen Strategien die CSU versucht(e), die politischen und finanziellen Folgen des Landesbank-Desasters klein zu halten, zu verschleiern, zu verschleppen und anderen aufzuhalsen.

Der Wahn eines Georg Winter von der „Zinsmilliarde“

Zu welcher plumpen, selbtherrlichen und fast wahnhaften Argumentation die CSU hier greift, sei gleich einmal an einer Aussage von Georg Winter in der Abschlussberatung des bayerischen Doppelhaushalts 2013/2014 demonstriert. Winter ist Abgeordneter des Stimmkreises Augsburg-Land-Dillingen und war damals Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag. Er verstieg sich gleich zu Beginn der Landtagsdebatte über den Staatshaushalt im Dezember 2012 zu folgender Aussage:

Wir wollen den Vorschlag des Ministerpräsidenten umsetzen und bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein. Von 32 Milliarden Euro kann bei einem Zinssatz von 3 % eine echte Milliarde eingespart werden. Diese Zinsmilliarde, die wir einsparen, ist unsere Pensionsmilliarde. Damit haben wir langfristig mehr für die Versorgungssicherheit getan, als das alle Fonds könnten. Diesen Weg haben wir eingeschlagen. Er ist bei den Betroffenen, bei den Verbänden und beim Beamtenbund sehr schnell verstanden worden.²

Zuerst lässt man also die Bayerische Landesbank im größten Finanzdebakel, das es in der Geschichte des Freistaats Bayern gab, absaufen. Dann beziffert man dieses Debakel inklusive der Schulden des Freistaats, die die CSU vorher schon aufgehäuft hat, auf 32 Milliarden Euro. Dann behauptet man, wenn man diese Schulden bis 2030 abträgt, auf „Vorschlag des Ministerpräsidenten“, würde man bei einem Zinssatz von 3 % „eine echte Milliarde“ einsparen. Wie man die 32 Milliarden Schulden aber beseitigt, dazu legt man vorsichtshalber gar keinen Schuldentilgungsplan vor. Nach dieser Logik können die Schulden eigentlich gar nicht groß genug sein, denn dann könnte man bei Ihrer Beseitigung – die selbstverständlich in den Sternen liegt – noch mehr Zinsen einsparen. Diese jährliche „Zinsmilliarde“ tauft man dann in eine „Pensionsmilliarde“ um. Und siehe da, obwohl man die Zuführung zur Pensionsrücklage seit Jahren gestoppt hat, sind die Beamten in 20 Jahren versorgt. Damit habe man langfristig mehr für die Versorgungssicherheit der Beamten getan, als dass alle Fonds könnten. Das sei auch „bei den Betroffenen ... sehr schnell verstanden worden“.

Man stelle sich das vor, dieser Mann war Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag. Er ist es jetzt nicht mehr, da er seinen Privathaushalt wohl besser in Schuss brachte als den Staatshaushalt – natürlich auf Kosten des Staatshaushalts. Als römisch-katholischer Schwabe hat er seine beiden minderjährigen Söhne mit einem Arbeitsvertrag drei Jahre lang beschäftigt, was ihn im Zuge der Verwandtenaffäre zu einer Rückzahlung von zweimal 45.000 Euro an das Landtagsamt veranlasste. Das Landtagspräsidium kam im Rahmen einer Überprüfung zur Überzeugung, dass die Beschäftigung gegen die Kinderarbeitsschutzverordnung verstoßen habe. Die Staatsanwaltschaft München I entlastete Winter von jeglichen strafrechtlichen Vorwürfen und lehnte ein Ermittlungsverfahren gegen Winter ab. Sie kommt außerdem zum Schluss, dass der Landtag ausreichend informiert gewesen sei, da Winter von Anfang an exakt das Alter seiner Kinder angegeben hatte.³

So haben gerade die sparsamen Schwaben das Wirtschaftsgebaren der CSU doch ziemlich in Verruf gebracht, nachdem auch Georg Schmid aus Donauwörth ganz ordentlich zugeht hat. Als Vorsitzender der Landtagsfraktion ranghöher als der Schorsch vom Haushaltsausschuss, hat Schmid natürlich noch ganz anders zugeht.

² Aus dem Protokoll des Landtagsplenums vom 13.12.2012, zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)“, 12-Dez-2012, zitiert nach: „Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13465, [Online]. Verfügbar unter: <https://www.bayern.landtag.de/webangebot2/Vorgangsmappe?wp=16&typ=V&drsnr=13465&intranet=#pagemode=bookmarks>. [Zugegriffen: 29-Aug-2013]. Seite 906 des PDF-Dokuments

³ Nach Wikipedia http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Winter_%28Politiker%29

Der „ausgeglichene“ Staatshaushalt beruht auf einem Sonderhaushalt, der ein tiefes Loch aufweist – Trick 1

Kann man sich vorstellen – bei der wirtschaftlichen Kompetenz und haushaltspolitischen Meisterschaft, die die bayerische Staatsregierung permanent reklamiert –, dass es eine Überschrift im Bayernteil der Augsburger Allgemeinen gibt, die lautet: „Streitfrage: Wann geht Bayern das Geld aus? Minister: Es reicht bis 2010. Grüne: stimmt nicht. SPD: Schulden für die Konjunktur“.⁴

Bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes für 2009/2010 musste sich die bayerische Staatsregierung Anfang des Jahres 2009 tatsächlich fragen lassen, ob ihr das Geld ausgeht. Das war nicht einfach Polemik der Opposition.

Uli Bachmeier schrieb damals:

Dem bayerischen Landtag steht heute eine skurrile Debatte bevor: Obwohl sich der Freistaat erst vor wenigen Wochen mit zehn Milliarden Euro zusätzlich verschuldet hat, um seine angeschlagene Landesbank zu retten, beharrt die CSU / FDP-Staatsregierung darauf, für die Jahre 2009/2010 einen „ausgeglichenen Haushalt“ vorzulegen. Der Trick: Die Landesbank-Milliarden, die den Schuldenstand Bayerns mit einem Schlag von 22,6 auf 32,6 Milliarden Euro hoch getrieben haben, wurden noch vergangenes Jahr in einem Nachtragshaushalt beschlossen und werden von nun an in einem eigenen Kapitel des neuen Doppelhaushalts verwaltet. Der eigentliche Haushalt, so die Lesart von Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU), kann dadurch ohne neue Schulden auskommen.⁵

In einem Kommentar dazu verdeutlichte der Bayernjournalist der Augsburger Allgemeinen Bachmeier recht ungeschminkt:

Die Vorgeschichte der heutigen Haushaltsdebatte ist schnell erzählt. Der ehrgeizige frühere Ministerpräsident Stoiber hat Bayern seit 2003 durch einen schmerzhaften Kraftakt einen ausgeglichenen Haushalt verschafft: durch ein paar Milliarden Schulden auf Vorrat, gepaart mit strikter Kürzung laufender Ausgaben und Verzicht auf zusätzliche, zum Teil dringend notwendige Investitionen. Ergebnis: Zumindest 2007 deckten die Einnahmen die Ausgaben. 2008 war die Staatskasse prall gefüllt und die alte CSU-Staatsregierung konnte im Wahljahr kräftig investieren.

Seit dem Zehn-Milliarden-Debakel bei der Landesbank ist alles anders. Die Schulden sind explodiert. Die Spielräume sind weg. Die Rücklagen zerfließen dem Finanzminister zwischen den Fingern. ...

Auf die Parole, dass Bayern immer noch einen ausgeglichenen Haushalt habe, aber sollte sie verzichten. Mit diesem Begriff macht sie sich lächerlich.⁶

Wir halten fest: selbst die bürgerliche Presse in Bayern spricht von einem lächerlichen Trick, was den „ausgeglichenen Staatshaushalt“ angeht: Man eröffnet ein eigenes Kapitel im Haushalt, in das die durch die Landesbank verursachten Schulden gesteckt werden. Alles, was in diesem Haushaltskapitel steht, geht nicht in den normalen Staatshaushalt ein. Es handelt sich um eine Art Sonderhaushalt, in dem die gewaltige Schuldenmasse quasi versteckt wird.

Hypo Alpe Adria – CSU-Spitzenpolitiker werden gedeckt und der Skandal vertuscht – Trick 2 und 3

Ein Jahr nach dem Trick mit dem Sonderhaushalt für die Schulden der Landesbank konnte die Opposition einen Untersuchungsausschuss erzwingen, der die Rolle der Landesbank-Manager und der bayerischen Staatsregierung bei den Milliardenverlusten der Hypo Alpe Adria untersuchen sollte. Die Opposition wollte es

⁴ Augsburger Allgemeine 27.1.2009

⁵ Ebd.

⁶ Ebd.

Seehofer dabei nicht durchgehen lassen, alles auf die Vorgängerregierung unter Stoiber abzuwälzen. Die Hauptstoßrichtung der Opposition zielte auf die Aktivitäten der Seehofer-Regierung.

Opposition uneinig über Strategie mit dem LB-Untersuchungsausschuss

Allerdings war sich die Opposition über die Strategie nicht einig. So hatten die Grünen lange Bedenken gegen einen Untersuchungsausschuss, weil es im Landtag bereits eine Bayern LB-Kommission gab, die gegenüber einem Untersuchungsausschuss einen gewaltigen Vorteil hatte (s.u.). Ferner preschten bei SPD und Freien Wählern Abgeordnete mit Strafanzeigen gegen Mitglieder des BayernLB-Vorstands und des damaligen Verwaltungsrats vor. Dies war umstritten, die Grünen lehnten dieses Vorgehen ab. Die Mainpost deckte damals ziemlich gut auf, um was es dabei ging:

Anders als im Ausschuss beschränken sich deren [gemeint ist die Kommission; Red.] Möglichkeiten nicht allein auf das Regierungshandeln in dieser Sache – sprich das Verhalten der damaligen CSU-Regierungsmitglieder im kontrollierenden Verwaltungsrat der Bank. Die Kommission soll den Umstrukturierungsprozess der staatlichen Bank „begleiten“ – und kann sich so selbst Einblick in interne Vorgänge der Landesbank verschaffen.

Zudem gefährden die Sozialdemokraten mit tatkräftiger Unterstützung der Freien Wähler die Erfolgchancen des Ausschusses schon vor dessen Beginn: Diese Woche verkündeten die SPD-Abgeordnete Inge Aures und der Freie Wähler Bernhard Pohl, dass beide Fraktionen sowohl gegen die Mitglieder des BayernLB-Vorstands von 2007 als auch gegen die Mitglieder des damaligen Verwaltungsrats Strafanzeige wegen des Verdachts der Untreue erstatten.

Das Vorgehen klingt beherzt, doch der Schuss könnte nach hinten losgehen: Nicht wenige im Landtag, die an echter Aufklärung interessiert sind, befürchten nämlich, dass die Anzeige den Beschuldigten – darunter immerhin Ex-CSU-Minister wie Kurt Faltthauer, Erwin Huber und Günther Beckstein oder Sparkassen-Chef Siegfried Naser – einen praktischen Vorwand liefern könnte, sich im Ausschuss wortkarg zu geben. Zwar ist es formal korrekt, dass die Möglichkeit zur Aussageverweigerung immer besteht. In der politischen Realität macht es allerdings einen gewaltigen Unterschied, ob ein Spitzenpolitiker erklärt, er wolle nichts aussagen, um sich nicht selbst zu belasten – was zumindest politisch einer Art Schuldeingeständnis nahekommt. Oder aber um Verständnis dafür zu werben, angesichts der schwebenden Anzeige brisante Details nicht öffentlich im Ausschuss, sondern zunächst mit dem Staatsanwalt zu erörtern.⁷

Der weitere Fortgang der Dinge scheint die Kritiker im Nachhinein zu bestätigen. In einem ganz aktuellen Beschluss des Landgerichts München wird die Anklage gegen den früheren Vorstand der BayernLB nur teilweise zugelassen und auch die CSU-Verwaltungsräte – darunter frühere Minister – sollen geschont werden. Inge Aures, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Untersuchungsausschuss, damalige Gegenspielerin von Adelheid Rupp (s. u.) und Betreiberin der Strafanzeigen, beklagt jetzt diese Entwicklung.⁸

⁷ „Landesbank: Der Ton wird rauer. Strafanzeigen könnten zur Aufklärung des BayernLB-Desasters zu früh kommen, Mainpost online“, mainpost.de, 10-Dez-2009. [Online]. Verfügbar unter: <http://www.mainpost.de/regional/bayern/Landesbank-Der-Ton-wird-rauer;art16683,5397891>. [Zugegriffen: 04-Sep-2013].

⁸ Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Untersuchungsausschuss zum Kauf der HGAA, Inge Aures, hält es für völlig unangemessen, dass das HGAA-Debakel der BayernLB vorerst ohne strafrechtliche Folgen für die Aufsichtsräte der BayernLB bleiben soll. Das Landgericht München lässt nach einem Beschluss vom Mittwoch die Anklage gegen den früheren Vorstand nur teilweise zu. Dass, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, laut dem Beschluss des Landgerichts München auch die CSU-Verwaltungsräte geschont werden sollen, sei skandalös, so das SPD-Mitglied im Untersuchungsausschuss.

Aures: „Dies widerspricht vollkommen den Ergebnissen, die wir im Untersuchungsausschuss zum Kauf der HGAA durch die Landesbank erarbeitet haben.“ Dort wurden die Versäumnisse sowohl des Verwaltungsrats der Bayern LB als auch des Vorstands klar benannt. Beide haben grob fahrlässig gehandelt, weil sie gegen ihre Aufsichts-, Kontroll- und Sorgfaltspflichten verstoßen haben.

„Landesbank-Debakel: Schonung der CSU-Verwaltungsräte ist skandalös, SPD-Landtagsfraktion“, 08-Aug-2013. [Online]. Verfügbar unter: <http://bayernspd.de/meldungen/landesbank-debakel-schonung-der-csu-verwaltungsraete-ist-skandaloes/>. [Zugegriffen: 04-Sep-2013].

Adelheid Rupp wird von der SPD der stellvertretende Vorsitz im Untersuchungsausschuss entzogen

Wirklich schade war, wie die SPD damals mit ihrer Landtagsabgeordneten Adelheid Rupp umsprang. Diese war auch der Ansicht, dass die Strafanzeigen den Erfolg des Untersuchungsausschusses gefährden. Die damaligen Machthaber in der SPD verwehrten ihr deshalb den Vize-Vorsitz des Landesbank-Untersuchungsausschusses, der daraufhin an Harald Güller fiel. Adelheid Rupp spielte schon in der Bayern LB-Kontrollkommission eine wichtige Rolle und wurde schon in dieser Funktion von der eigenen Partei gemäßregelt. Die Augsburger Allgemeine schrieb: „Es ist nicht das erste Mal, dass Rupp mit den anderen SPD-Parlamentariern im Streit hegt. Im Januar zog ihre Partei sie aus der BayernLB-Kontrollkommission zurück, nachdem Rupp öffentlich eine personelle Erneuerung in Partei und Fraktion angemahnt hatte. Damals entging sie nur knapp einem Rauswurf.“⁹

Es sieht ganz so aus, als ob Adelheid Rupp im Untersuchungsausschuss eine härtere Gangart und effektivere Arbeit anstrebte. Sie wagte es auch, die Wahlkampfführung mit dem Spitzenkandidaten Maget 2008 zu kritisieren und angesichts des 2013 anstehenden Landtagswahlkampfes deutliche politische und personelle Korrekturen einzufordern und wollte dabei auch den Fraktionsvorstand der Landtags-SPD neu sortieren. Außerdem meldete sie damals als stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Ihr Interesse am Landesvorsitz an. Das wurde selbstverständlich verhindert. Wo käme man da hin in der Bayern-SPD, wenn eine Rote Vorsitzende wird. Inzwischen ist Florian Pronold Landesvorsitzender und Adelheid Rupp nicht mehr stellvertretende Vorsitzende und die SPD immer noch im Desaster. Adelheid Rupp verlor auch fast alle anderen Funktionen, sogar den Landesvorsitz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Zu Beginn der neuen Wahlperiode war sie stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen und haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Nach fraktionsinternen Meinungsverschiedenheiten verlor sie jedoch diese Funktionen im Oktober 2009 an Volkmar Halbleib. Am Ende hieß es in der Süddeutschen „Adelheid Rupp zeigt Reue“. Es scheint uns, als ob Harald Güller an diesem Ergebnis nicht unbeteiligt war.¹⁰ Jedenfalls bekam Harald Güller den Vize-Vorsitz des Landesbank-Untersuchungsausschusses, für den eigentlich Adelheid Rupp vorgesehen war.

Maßregelung einer SPD-Linken – will sich die Bayern-SPD ihr Grab selber schaufeln?

Uns scheint, dass dieser Fall symptomatisch ist für die bayerische SPD. Irgendwie geartete Linksverschiebung, sei sie auch noch so graduell, – gerade wenn sie von Frauen repräsentiert wird – wird mit aller Macht verhindert. Im Fall Adelheid Rupp scheint uns, dass sich die Bayern-SPD tatsächlich um eine Chance gebracht hat. Auch der jetzige Spitzenkandidat Ude hat sie damals schwer kritisiert, ebenso wie die ganze andere prominente Männerriege. Man sollte dies nicht vergessen, wenn man darüber nachdenkt, warum die Bayern-SPD nicht aus ihrem 18 %-Loch herauskommt. Das hat offensichtlich schon auch ganz konkrete personelle, politische und historische Gründe. Ein Leserbrief im Münchner Merkur aus dieser Zeit brachte es ganz gut auf den Punkt, wofür Adelheid Rupp stand und welchen Fehler die SPD-Führung damals machte:

Mit zunehmender Verwunderung nehme ich zur Kenntnis, wie große Teile der bayerischen SPD, insbesondere die Fraktionsführung der Landtags-SPD und der Landesvorstand, den jämmerlichen Zustand der SPD in Bayern ignorieren. Ein grausames Wahlergebnis bei der Landtagswahl wird vom sogenannten Spitzenkandidaten Maget und seinen Anhängern bejubelt. Der scheidende Landesvorsitzende Stiegler gibt die Parole aus: Prima, alles weiter so, Hauptsache meine Pullis bleiben rot! Klausuren sind eigentlich dazu da, über Strukturen, Inhalte und Personal gründlich und intensiv nachzudenken und zu hinterfragen, warum einiges nicht so läuft, wie es laufen soll. Dies hat die stellvertretende Landesvorsitzende Adelheid Rupp

⁹ AZ 14.12.2009

¹⁰ s. dazu K. Stroh, „Ende eines SPD-Eklats: Adelheid Rupp zeigt Reue“, sueddeutsche.de, 17-Mai-2010. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/ende-eines-spd-eklat-adelheid-rupp-zeigt-reue-1.478043>

getan, zu Recht. Richtigerweise hat sie – leider als einsame Ruferin in der Wüste Bayern-SPD – erkannt, so geht es nicht weiter. Die bayerische SPD braucht neue Strukturen im haupt- und ehrenamtlichen Bereich, sie braucht Inhalte mit denen sie sich deutlich von den anderen Parteien in Bayern abhebt und unterscheidet, und, dies ist bitter nötig, sie braucht ein Personal, das dies vermitteln kann in der Partei, um Mut zu machen, und außerhalb der Partei, um Wähler zu überzeugen. Wenn nun Maget weiterhin an der Spitze der Landtagsfraktion stehen soll, dann ist dies Stillstand, und Stillstand bedeutet Rückschritt. Wer zwei Wahlen in den Sand setzt, sollte endlich seinen Hut nehmen. Wenn auf Stiegler dessen Klon Pronold folgen soll, dann gute Nacht Bayern-SPD, dann geht es künftig für diese traditionsreiche Partei in Bayern nur noch ums nackte Überleben. Was die Bayern-SPD braucht, sind Personen wie Adelheid Rupp, denn die Zukunft gehört den Mutigen (hoffentlich auch in der SPD Bayern).¹¹

Die vier Hauptvorwürfe Sepp Dürrs gegen die schwarz-gelbe Regierungskoalition

Der Abgeordnete der Grünen Sepp Dürr fasste die vier Hauptvorwürfe gegen die schwarz-gelbe Regierungskoalition knapp zusammen. Daraus geht hervor, dass der Milliarden Schaden, der seinen Ausgangspunkt 2007 nahm, während der neuen Regierungszeit unter Seehofer um weitere Milliarden vergrößert wurde, dass die für den Kauf Verantwortlichen CSU-Spitzenpolitiker systematisch gedeckt werden und versucht wird, den ganzen Skandal zu vertuschen. Focus online schrieb damals im Januar 2010:

SPD, Freie Wähler und Grüne präsentierten am Montag im Landtag ihren Katalog mit 188 Einzelfragen zum Kauf der österreichischen Skandalbank Hypo Alpe Adria (HGAA), die dem Freistaat 3,7 Milliarden Euro Verlust eingebracht hat.

Die Hauptstoßrichtung der Opposition zielt auf die Aktivitäten der Seehofer-Regierung.

Neben Seehofer will die Opposition zehn weitere ehemalige und amtierende Spitzenpolitiker als Zeugen laden, darunter Seehofers Amtsvorgänger Edmund Stoiber und Günther Beckstein, die ehemaligen Finanzminister Kurt Faltlhauser und Erwin Huber, Innenminister Joachim Herrmann (alle CSU), Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) und CSU-Landtagsfraktionschef Georg Schmid.

Der Grünen-Abgeordnete Sepp Dürr erhob vier Hauptvorwürfe gegen die amtierende CSU/FDP-Regierung: Sie habe den Milliarden Schaden vergrößert, weil noch unter der neuen Regierung drei Milliarden Euro Kredite der BayernLB an die HGAA geflossen seien. Zweitens habe die Seehofer-Regierung die Rückabwicklung des Kaufs verpasst, drittens die für den Kauf verantwortlichen früheren CSU-Spitzenpolitiker gedeckt und viertens versucht, den Skandal zu vertuschen.¹²

Ein Jahr später im Januar 2011 schoben Siegfried Naser, der frühere Sparkassenpräsident, und Kurt Faltlhauser, der ehemalige Finanzminister, die abwechselnd dem Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank vorstanden, die Verantwortung für das Desaster auf Bankchef Werner Schmidt. „Haftung kann nur bestehen, wenn durch einen Fehler ein Schaden entstanden ist“, sagte Naser. Das sei aber nicht der Fall gewesen. Wir wussten nichts, also können wir auch nichts dafür, so lautet die Verteidigungsstrategie aller ehemaligen Verwaltungsräte“, schrieb die Süddeutsche Zeitung damals.¹³

¹¹ „Die Zukunft gehört den Mutigen, Leserbrief von Paul Werner, München, zu: Steffen Habit: ‚SPD-Eklat: ‘Die Fraktion hat völlig überreagiert‘; Politik 16. Januar, Merkur online“, <http://www.merkur-online.de>, 19-Jan-2009. [Online]. Verfügbar unter: <http://www.merkur-online.de/aktuelles/leserbriefe/politik/zukunft-gehoert-mutigen-60094.html>. [Zugegriffen: 04-Sep-2013].

¹² „CSU/BayernLB: In München beginnt die Treibjagd. Untersuchungsausschuss wegen jüngstem Milliarden desaster - Banken - FOCUS Online“, 18-Jan-2010. [Online]. Verfügbar unter: www.focus.de/finanzen/banken/csu-bayernlb-in-muenchen-beginnt-die-treibjagd_aid_471848.html

¹³ „Unwissenheit als Strategie - Service - sueddeutsche.de“, 28-Jan-2011. [Online]. Verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/H5038C/3867369/Unwissenheit-als-Strategie.html>. [Zugegriffen: 29-Jan-2011].

Die Sparkassen sollen rangenommen werden – Trick 4

Anhand einiger Notizen aus unserem Archiv soll kurz skizziert werden, wie mit den bayerischen Sparkassen umgesprungen wurde – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Im April 2009 wurde bekannt, dass die bayerischen Sparkassen über 500 Millionen abschreiben müssen – und das, obwohl der Freistaat die Landesbank angeblich alleine gerettet hat. Diese halbe Milliarde Euro gehör(t)en den 71 Sparkassen in Bayern, deren Träger die kommunalen Gebietskörperschaften in Bayern sind. Es gibt aber noch darüber hinausgehende Verluste der Sparkassen durch die Landesbank, die vertuscht werden. Die Augsburger Allgemeine schrieb:

Das Milliarden-Desaster bei der Bayerischen Landesbank hat den bayerischen Sparkassen als ehemaligen 50-Prozent-Eigentümern der BayernLB mehr als eine halbe Milliarde Euro gekostet. Der Präsident des bayerischen Sparkassenverbandes, Siegfried Naser, bezifferte die Abschreibungen auf das Stammkapital im Zusammenhang mit der BayernLB gestern in München auf 520 Millionen Euro. Doch auch diese Zahl reicht vermutlich nicht aus, um das ganze Ausmaß des Schadens für die 75 bayerischen Sparkassen zu benennen. Naser räumte ein, dass auch noch stille Reserven gehoben werden mussten. Über ihre Höhe schwieg er sich aus: „Stille Reserven heißen deshalb stille Reserven, weil sie still sind.“¹⁴

Der damalige Präsident des bayerischen Sparkassenverbandes, Siegfried Naser, verdankte seine Karriere der Parteispitze der CSU. Walter Roller, der damalige stellvertretende Chefredakteur der Augsburger Allgemeinen, schrieb im Dezember 2009: „Es war Naser, der den von LB-Vorstand und Staatsregierung betriebenen Expansionskurs auf Sparkassenseite absicherte und den Kauf der maroden Kärntner Bank Hypo Alpe Adria als »genialen Schachzug« feierte. Die bayerischen Steuerzahler – und die Sparkassen – müssen die Suppe auslöffeln, die Ihnen Naser im Bunde mit hochrangigen Politikern der CSU eingebracht hat.“¹⁵

Im Juli 2011 konnte man in der Augsburger Allgemeinen lesen: „Auch eine stärkere Beteiligung der Sparkassen, die als ehemaliger 50-Prozent-Teilhaber indirekt von der Rettung der Bank durch den Staat profitierten, ist offenbar geplant. Sie sollen der Umwandlung ihrer stillen Einlagen in Eigenkapital der Bayern LB zustimmen. Das reicht zwar angeblich noch nicht...“¹⁶

Und im Januar 2012 vernahm man: „Brüssel verlangt, dass die von der Staatsregierung mit zehn Milliarden Euro vor der Pleite gerettete Landesbank *und die Sparkassen* gut drei Milliarden Euro an den Freistaat zurückzahlen.“¹⁷ (Hervorhebung von uns)

Verkauf der Wohnungstochter GBW, die Staatsregierung verschafft sich Geld, kommt mit ihrer Privatisierungsstrategie einen großen Schritt weiter und kann sich auf die EU hinausreden – Trick 5

Vergangenes Jahr stand dann der Verkauf von Bayerns größter Wohnungsgesellschaft GBW an, die sich fast vollständig im Besitz der BayernLB befand. 1,5 Milliarden erwartete Finanzminister Söder für den Staatshaushalt. Die EU-Kommission verschaffte der Staatsregierung einen günstigen Vorwand, bei ihrer Privatisierungsstrategie einen Riesenschritt voranzukommen, womöglich eine bestehende Sozialcharta auszuhebeln und sich auf einen Schlag 1,5 Milliarden von der Landesbank zurückzuholen.

Im Januar 2012 berichtete die Augsburger Allgemeine:

BayernLB Finanzminister Markus Söder verspricht Sozialverträglichkeit nach GBW-Verkauf

¹⁴ AZ 8.4.2009

¹⁵ AZ 24.12.2009

¹⁶ AZ 8.7.2011

¹⁷ AZ 14.1.2012

Nach jahrelangen Diskussionen ist eine sozialverträgliche Lösung für den Verkauf von Bayerns größter Wohnungsgesellschaft GBW in Sicht. Der bisherige Haupteigentümer BayernLB soll die fast 33 000 Wohnungen möglichst innerhalb eines Jahres an ein kommunales Konsortium verkaufen. Finanzminister Markus Söder (CSU) versprach den 85 000 Mietern gestern den vollen Erhalt der GBW-Sozialcharta, die die Kündigung von Mietern über 60, die Umwandlung in Eigentumswohnungen und Luxussanierungen ausschließt.

Im Gegenzug signalisierte Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) Interesse: „Die Kommunen sind dazu bereit, sich gemeinschaftlich mit anderen Wohnungsunternehmen um eine Übernahme zu kümmern – aber nur unter der Bedingung, dass die Sozialcharta in Zukunft für jeden Erwerber rechtsverbindlich ist“, sagte er.

In München gibt es nach Unternehmensangaben 10 400 GBW-Wohnungen, 5 500 in Nürnberg und Erlangen, 1 900 im Raum Regensburg, 1 200 in Würzburg und Umgebung und 1 000 in Aschaffenburg. Den Gesamtwert der Wohnungen in Bayern taxierte Söder auf etwas mehr als 1,5 Milliarden Euro. Söder will am Montag ein erstes Gespräch mit den Oberbürgermeistern der beteiligten Städte führen.

Bei der Sozialcharta geht es auch ums Geld. Ohne Sozialcharta könnte die BayernLB vermutlich einen sehr viel höheren Verkaufspreis für die Wohnungen erzielen. „Wir würden uns niemals auf einen ruinösen Preiswettbewerb mit reinen Immobilieninvestoren und Finanzhaien einlassen“, betonte Ude.

Spekulanten sollen nichts in die Hände bekommen

Der Hintergrund: Die GBW gehört bisher zu 92 Prozent der BayernLB. Die Bank muss die Wohnungen aber aller Voraussicht nach auf Anordnung der EU-Kommission verkaufen. Brüssel verlangt, dass die von der Staatsregierung mit zehn Milliarden Euro vor der Pleite gerettete Landesbank und die Sparkassen gut drei Milliarden Euro an den Freistaat zurückzahlen. Der Finanzminister geht davon aus, dass die EU-Kommission keine Einwände gegen die Sozialcharta hat - obwohl der Verkaufspreis und damit der Erlös für die Staatskasse ohne die Charta höher ausfallen könnten.¹⁸

Im April dieses Jahres wird bekannt, dass die Stadt München gegen den milliardenschweren Verkauf der Bayern LB-Wohnungstochter GBW an die Immobiliengesellschaft Patrizia vorgeht. Die Stadt München kam als Käufer der GBW-Wohnungen im Stadtgebiet nicht zum Zuge. Inzwischen war aufgefliegen, dass die bayerische Landesstiftung, die mit dem Verkauf der GBW-Wohnungen beauftragt war, der gleichzeitig am Patrizia-Konsortium beteiligt war.¹⁹

Der bayerische Rundfunk berichtete die Tage, dass der Verkauf der GBW Geld bei der Bayern LB hereingespült habe und sogar Rückzahlungen an den Landeshaushalt erfolgten:

¹⁸ AZ 14.1.2012

¹⁹ Das Handelsblatt schrieb: Die Stadt München geht gegen den milliardenschweren Verkauf der BayernLB-Wohnungstochter GBW an die Immobiliengesellschaft Patrizia vor. Oberbürgermeister Christian Ude legte am Freitag in einem Brief an EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia Beschwerde gegen das Geschäft ein. Der SPD-Politiker ist der Ansicht, dass die bayerische Landesregierung Patrizia beim Kauf bevorzugt hat. Er forderte Almunia deshalb auf, den Vollzug der Rekordübernahme am deutschen Wohnungsmarkt zu verhindern. Vier Tage nach der Verkündung erreicht der politische Streit über das 2,5 Milliarden Euro schwere Geschäft damit einen neuen Höhepunkt.

Der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) hat nach dem Verkauf der GBW erklärt, dass sich die Bayerische Landesstiftung mit 50 Millionen Euro an dem Bieterkonsortium um Patrizia beteiligen könnte. Ude sieht darin eine unrechtmäßige Beihilfe für Patrizia. Er weist darauf, dass es die bayerische Landesregierung abgelehnt hatte, sich am Konsortium um die Kommunen München und Nürnberg zu beteiligen, das im Bieterprozess um die GBW den Kürzeren gezogen hatte. Der Zuschlag für Patrizia stehe somit nicht in Einklang mit EU-Recht, argumentiert Ude, der auch SPD-Spitzenkandidat bei der bayerischen Landtagswahl im September ist.

Die BayernLB will sich in die Diskussionen nicht einmischen. Das sei eine „Angelegenheit zwischen der Landesstiftung und dem Erwerber Patrizia“, erklärte die Münchner Landesbank. Eine mögliche Beteiligung der Stiftung am Patrizia-Konsortium sei der BayernLB bei ihrer Entscheidung für Patrizia nicht bekannt gewesen und habe keine Rolle bei der Bewertung der Angebote gespielt. Die BayernLB musste die GBW auf Druck der EU-Kommission verkaufen, die dem Institut nach der staatlichen Rettung 2008 eine Schrumpfkur verordnet hat.

„BayernLB-Tochter: München will GBW-Verkauf anfechten, Handelsblatt“, 12-Apr-2013. [Online]. Verfügbar unter:

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/bayernlb-tochter-muenchen-will-gbw-verkauf-anfechten/8060014.html>. [Zugegriffen: 27-Aug-2013].

Die Bayern LB hat im ersten Halbjahr deutlich mehr verdient. Das liegt am Verkauf der Wohnungstochter GBW und an der florierenden Wirtschaft. Wie das Kreditinstitut am Vormittag in München bekanntgab, beträgt der Gewinn vor Steuern zwischen Januar und Juni fast 720 Millionen Euro - vor einem Jahr waren es 129 Millionen. Bankchef Häusler sagte, die soliden Erträge zeigten, dass das kundenfokussierte Geschäftsmodell der Bank nachhaltig gut funktioniere. – Die Bank kommt auch bei der Rückzahlung der staatlichen Finanzhilfen voran: Zum August überwies die Bayern LB weitere 50 Millionen Euro an den Freistaat. Bis 2019 muss sie nach Vorgaben der EU rund fünf Milliarden Euro erstatten.²⁰

Vom Skandal um die staatsnahe Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern GmbH (LWS) Ende der 90er Jahre mit dreistelligen Millionenverlusten wollen wir hier schweigen. Vom Verkauf der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS) von der BayernLB an die Sparkassen des Freistaats vergangenes Jahr, der über 800 Millionen Euro in die Kasse der Landesbank spülte, soll hier auch nicht geredet werden.

Peter Feininger

wird fortgesetzt

Die ganze Artikelserie findet sich auf unserer Themenseite zur Landespolitik

http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/index.htm

²⁰ B5 aktuell 26.8.2013